Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 251. Sonnabend den 27. October. 1849.

Potsdam, den 25. Oktober. Seine Majestät der König sind zur Jagd nach Letzlingen und Blankenburg gereist.

Berlin, den 26. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem bisherigen Konsul in Bukarest, Freiherrn von Sakellario, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Ober-Lehrer an dem katholischen Gymnasium zu Groß-Glogau, Professor Seidel, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se Königl. Hoheit der Prinz Karl ist von hier nach Letzlingen und Braunschweig abgereist. — Se. Excellenz der Erb-Hofmeister in der Kurmark Brandenburg, Graf von Königsmarck, ist von Netzband, und Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, von Bonin, von Stettin hier angekommen.

Deutschland.

Berlin, den 20. Oktober. Die erste Kammer hat heute die Berathung über Tit. VIII. beendigt Wir müssen ihre Beschlüsse von gestern und heute schmerzlich beklagen. Alle Warnungen, welche Männer wie Camphausen, Auerswald, Dahlmann vernehmen ließen, blieben fruchtlos. Die Majorität beharrte in ihrer Verblendung und hat eines der unveräußerlichsten Grundrechte der constitutionellen Verfassung rücksichtslos Preis gegeben. Gestern hat sie den Art. 108, wie Sie wissen, unverändert beibehalten; heute hat sie nach mehreren namentlichen Abstimmungen über Art. 98 beschlossen, daß bei einer verzögerten Feststellung des Staatshaushalts-Etats die Fortdauer der Gültigkeit des zuletzt vollzogenen Etats auf volle zwölf Monate gesetzt werde — also auf die dreifache Frist der in der zweiten Kammer angenommenen vier Monate. Der Art. 108 mindert vielleicht praktisch die Macht der Kammern wenig; denn gewiß ist die „Ausgabe" die praktische Lebensfrage der Staatsverwaltung; aber er verletzt das nothwendige moralische Gewicht und Ansehen der Volks-Vertretung so schwer, daß vor seiner Beseitigung an einen Abschluß der Verfassungs-Kämpfe gar nicht zu denken ist. Schon diesmal wird und kann die zweite Kammer ohne moralischen Selbstmord nicht nachgeben, und künftige Wahlen werden jedoch schwerlich nachgiebigere Kammern liefern! Dazu kommt nun der kleine Kampf mit allen einzelnen Steuer-Reformen. Wird nicht bei der Einkommensteuer und bei jeder anderen neuen Steuer die constitutionelle Partei dem betreffenden Gesetze ausdrücklich die Frist eines Jahres als Ziel der Bewilligung einzufügen streben müssen, um so wenigstens stückweise den Art. 108 außer Kraft zu bringen? Die erste Kammer hat gestern den Constitutionalismus zum Schein herabgedrückt, und Camphausen wird Recht behalten: es steht uns jetzt eine „schleichende Revolution" in Aussicht. Die Absolutisten und die Republikaner können triumphiren, sie sind beide in der Lage, die Beschlüsse für sich auszubeuten. Die Partei der wahren Constitutionellen muß trauern, sie ist weit von ihrem Hafen zurückgetrieben. Erbärmlich ist es, wie sich die Organe der extremen Parteien diesem Kampfe gegenüber benehmen. Demokratie und Reaktion bemühen sich einmüthig, die Camphausen, Dahlmann, v. Auerswald in den Koth zu ziehen und sie höhnisch mit den „Steuerverweigerern" vom November vorigen Jahres in Eine Reihe zu stellen. (Köln. Ztg.)

B. Berlin, den 24. Oktober. Einige seltsame Gerüchte durchlaufen jetzt unsere Stadt. Das eine betrifft die Verletzung des Professors Fischer, der beim Verlassen einer Sitzung des Treubunds, dessen Mitglied er ist, von zwei, gleichfalls zum Treubunde gehörigen, Personen angefallen worden sein soll. Man fabelt sehr viel über die Motive zu diesem Anfall und bringt damit eine Menge von Personen in Verbindung; wenn sich in der Sache einigermaßen klar sehen läßt, werde ich darüber mehr berichten. Das zweite Gerücht, mit dem man sich trägt, ist lächerlicher Art, denn da gerade an den Tagen, wo die, vermöge der Kapitulation freigegebenen, Ungarischen Offiziere hier durchkamen, auch Fürst Windischgrätz in Berlin anwesend war, so hat sich Jemand den Scherz auszusprengen erlaubt, derselbe, (der Fürst) wolle mit den Ungarn nach Amerika gehen, um dort mit ihnen zusammen eine Kolonie anzulegen und zu leben. Diese Erzählung, so sonderbar sie auch ist, findet doch bei den Leuten Glauben, die eben Alles für baare Münze nehmen. Noch besser, als die beiden eben erwähnten Vorfälle wird der dritte ausgebeutet; er ist folgender: Zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs hatte der Inspektor der Kottwitz'schen Anstalt (einer Anstalt, in welcher arme Familien, ich glaube es sind 90 bis 100, ihr Unterkommen finden) eine schwarz und weiße Fahne herausgehängt, die Insassen des Hauses brachten darauf, durch freiwillige Beiträge unter sich, Geld zu einer schwarz-roth-goldenen Fahne zusammen, welche sie dann, gegen das Verbot des Inspektors, ebenfalls heraushängten. So weit ist die Sache begründet, das in gewissen Kreisen verbreitete Gerücht erzählt nun aber, diejenigen, durch deren Beiträge das Geld zum Ankauf der Deutschen Fahne erschwungen und auf deren Betrieb dieselbe ausgehängt worden, sollten gezwungen werden, die Anstalt zu verlassen.?? Bevor ich das Reich vager Vermuthungen und Erzählungen von zweifelhaftem Werth verlasse, will ich schließlich nur ganz kurz melden, daß von dem 12jährigen Knaben aus Mieszkow, dessen Geschichte bei Ihnen so viel Aufsehen gemacht hat, hier kein Mensch ein Wort weiß. Und nun lassen Sie mich auf das Feld klarvorliegender Wirklichkeit übergehen. — Zunächst muß ich meinen Bericht vom 19. dahin vervollständigen, daß am Abend dieses Tages bei der Vorstellung der Oper „Ein Feldlager in Schlesien" der Prinz von Preußen und dessen Sohn, der Prinz Friedrich Wilhelm K. H. mit einem so lauten und unendlichen Jubelgeschrei begrüßt wurden, wie es wohl noch nie in einem Theater gehört worden ist. Die Erscheinung eines Abbildes der am Morgen im Thiergarten enthüllten Statue des verstorbenen Königs auf der Bühne, konnte bei solcher Stimmung nicht verfehlen, den Enthusiasmus der Zuschauer auf die höchste Höhe zu steigern. Die Wahl gerade dieses Stücks, dessen Einnahme „zum Besten der Familien nach Baden ausgerückter Landwehrmänner" bestimmt war, kann nur lobend anerkannt werden, da dasselbe einen patriotisch-kriegerischen Inhalt hat und an die glänzendste Zeit Preußens, wie an dessen größten Herrscher erinnert Freilich ist unserer Stadt an demselben Tage noch eine andere Erinnerung an Friedrich den Großen geworden, man hat nämlich den aus Steinen bestehenden Unterbau zu dem Postamente seines Denkmals hergerichtet. Mit der Aufstellung des Denkmals selbst wird es wohl noch einige Jahre Zeit haben. Die Ausschmückung unserer Residenz geht langsam von statten, und von den zwölf, seit mehr als zwanzig Jahren schon leerstehenden Sockeln auf denen sich Kunstwerke erheben sollten, ist immer erst ein einziger, der an der Treppe des Museums, mit der Amazonengruppe, besetzt. Indessen sind bereits die beiden für die Treppe des Schauspielhauses bestimmten Gegenstände: der flötenblasende Knabe auf dem Löwen und Panther gegossen. Auch herrscht in den Werkstätten der Künstler eine rege Thätigkeit und so denk' ich, wird es wohl nicht mehr allzulange dauern, bis den unersättlichen Augen der Residenzbewohner von den Granitblöcken auf der Schloßbrücke die längstverheißene Zierde entgegenstrahlt.

— (Köln. Ztg.) Zwischen Hannover und Preußen scheint eine vermehrte Spannung im Anzuge. Der offenen Sprache des Vorsitzenden im Verwaltungsrathe soll der Hannoverische Bevollmächtigte seltsamer Weise sogar eine persönliche Empfindlichkeit entgegen zu stellen Miene machen. Es geht die Sage, daß der Hannoverische Bevollmächtigte persönliche Genugthuung von Herrn von Bodelschwingh fordern wolle. Und warum? Weil Hr. von Bodelschwingh es aussprach, daß Hannover bei seiner jetzt kundgegebenen Rechts-Anschauung das Bündniß vom 26. Mai nicht hätte eingehen dürfen. Und stimmt nicht ganz Deutschland diesem Ausspruche bei?

— r. Berlin, den 24. Oktober. Wenn Ihnen Ihr Berichterstatter nichts über Politik schreibt, wundern Sie sich nicht! Sie kennen die Berliner und wissen, daß ihnen Amusements über Alles, also auch über Politik geht. — Und für diese ist jetzt allerwärts reichlich gesorgt. Da ist die Frau Professor Bernhardt, die im Gesellschaftshause durch ihre magische Soiréen die Zuschauermassen bezaubert. Da sind die Herren Charles und François Rappo, die im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater Vorstellungen geben, und ihre Riesenkräfte und Zauberkünste von dem entzückten Publikum erstaunen und bewundern lassen. Da ist Gung'l, der das Gesellschaftshaus zum Sammelplatz der alten und jungen Welt gemacht hat, und durch seine melodienreiche, hüpfende Musik Ohr und Herz seiner Zuhörer erfreut und gefangen hält. — Da ist — ja, da ist schon wieder ein großer Anschlagzettel, der dem neugierigen Berlin die bevorstehende Ankunft des Zauberers Professor Becker verkündigt — Sie sehen, da ist Alles, — nur nicht Politik. — Dieses Feld, auf dem wir seither so rührig und im blinden Eifer umhergeackert haben, liegt jetzt völlig brach! —

— r. Bekanntlich hat der Hauptvorstand des Treubundes das Haus Friedrichs-Straße Nro. 112, ganz in der Nähe des Oranienburger Thores für 32,000 Thaler ankaufen lassen. Darüber herrscht nun im Bunde große Unzufriedenheit und mit Recht. Was will der Bund mit einem Hause, das so entlegen ist und seiner Bestimmung in keinerlei Weise entspricht? — Jedem, der das Haus sieht, muß es in die Augen springen, daß sich der Hauptvorstand mit dem Kauf übereilt hat. — Der Saal, dessen Bau schon begonnen hat und zu dessen Herstellung der bisherige Gartenraum genommen ist, kann nach den Räumlichkeiten des Hauses nicht größer ausgeführt werden, als der bei Milentz; damit er aber doch etwas mehr Zuhörer fassen kann, will man drei Gallerien anbringen. — Gleichzeitig wird damit ein Tunnel verbunden, der 2000 Gäste fassen soll. — Unwahr ist übrigens, daß der Großmeister des Bundes, Graf von der Asseburg-Meisdorf zum Ankauf 20,000 Thaler aus seinen Mitteln gegeben habe. Das Haus ist bekanntlich auf Aktien gekauft, und soll es kontraktlich feststehen, daß das Angeld nicht eher gezahlt wird, als bis der Bund Corporationsrechte erlangt hat. — Ueber die Zusammensetzung des Hauptvorstandes hört man vielfach Klagen führen; man ist unzufrieden damit, daß der Bürgerstand, dem doch die Mehrzahl der Bundesglieder angehört, so gut wie gar nicht vertreten ist.

r. — Der 9. November, der Tag, an welchem im vorigen Jahre das Ministerium Brandenburg-Manteuffel das Staats Ruder mit kräftiger Hand ergriff, wird von Patrioten im Kroll-schen Local durch ein großartiges Festmahl gefeiert werden. — Ein Herr Bechtold hat dem Festcomité ein Gedicht eingereicht, worin er versucht hat, die rettende That des Ministeriums zu verherrlichen. — Wie wir hören, soll dasselbe wirklich angenommen und bei Tafel gesungen werden. — Herr B. ist schon bei ähnlichen Gelegenheiten mit seinen Produkten hervorgetreten; keins hat aber bisher sonderlichen Anklang gefunden!

— r. Der Lieutenant von Mauschwitz, bekannt durch seinen Angriff auf den Assessor Wagener, Redakteur der Kreuzzeitung, ist deshalb zu einem Jahr Festung verurtheilt und heut nach Magdeburg abgeführt worden.

PPC Stettin, den 24. Oktober. In mehreren Kreisen des Stettiner Regierungsbezirks wird darüber geklagt, daß die geistlichen und Schulabgaben von den Betheiligten nur mit Widerstreben und höchst säumig entrichtet werden. Die Regierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, kürzlich eine Cirkularverfügung an die Kreis- und Lokalbehörden zu erlassen, in welcher denselben die energische Handhabung der desfallsig bestehenden Gesetze aufs dringendste zur Pflicht gemacht wird. Namentlich haben die Elementarlehrer durch den Ausfall der Schulbeiträge bedeutende Verluste erlitten, Verluste, welche diesen Stand bei seiner bisherigen kärglichen Besoldung um so schwerer treffen. Nach einer uns vorliegenden Uebersicht beziehen nämlich von den 1034 Landschullehrern des Stettiner Regierungsbezirks ein Gehalt bis zu 60 Thlrn. 134; zwischen 60 bis 120 erhalten 433; zwischen 120—180 erhalten 289; zwischen 180—240 erhalten 138; zwischen 240—300 erhalten 31; zwischen 300 bis 360 erhalten 7; zwischen 360 bis 420 erhalten 2. Das Gesammteinkommen der Landschullehrer beträgt hiernach 125,749 Thlr. und kömmt danach im Durchschnitt auf den Einzelnen ein Gehalt von 121 Thlrn. Dazu kommt noch, daß die Unterstützungen Seitens des Staats in den letzten Jahren auch geringer gewesen sind als früher. Es wurden nämlich den Elementarlehrern des Stettiner Regierungsbezirks gewährt im Jahre 1847 5500 Thlr.; 1848 2400 Thlr. und 1849 2400 Thlr. Diesen Zuständen gegenüber haben die übermüthigen und höhnischen Aeußerungen, mit welchen Herr v. Gerlach den Lehrerstand in der ersten Kammer überschüttet hat, bei der conservativen Partei nicht geringen Anstoß erregt. Und das um so mehr, als derselbe in unserem Bezirk mit einzelnen in den kleinen Städten vorkommenden Ausnahmen während der Erschütterungen des vergangenen Jahres eine den anarchischen Bestrebungen feindliche und patriotische Haltung bewahrt hat. — Die bedeutende Zunahme der Schmuggelei an der Pommerschen Mecklenburgischen Grenze — deren wir neulich erwähnten — hat bereits die Aufmerksamkeit der höhern Behörden auf sich gezogen. Es ist — wie wir hören — zur Sprache gekommen, daß die Vertheilung der Grenzbeamten den jetzigen Verkehrsverhältnissen nicht mehr entspricht und einer energischen und genauern Kontrolle des Pascherwesens Hindernisse entgegen setzt. Es ist daher von dem Finanz-Ministerium ein Kommissarius ernannt, um sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen zu überzeugen! Derselbe hat vor Kurzem in Begleitung des Provinzial-Steuer-Direktors den Mecklenburgischen Grenzzug bereist, und es steht daher die erforderliche Reform des bisherigen Grenzbewahrungssystems zu erwarten. — Im Monat September sind eingegangen in Stettin 222 Schiffe, in Colberg 75, in Rügenwalde 29, in Stolpmünde 34, in Summa 360 Schiffe. Von den Stettiner Schiffen hatten 38 Kohlen, 60 Heringe, 9 Zucker geladen. Von hier aus sind 21 Kohlenkähne nach Berlin, Brandenburg und Potsdam abgegangen. — Der Pastor Meinhold in Rehwinkel, Verfasser der Bernsteinhexe, hat sich durch die Konflikte, in welche er mit seiner Gemeinde gerathen ist, veranlaßt gesehen, bei dem Konsistorium seine Emeritirung nachzusuchen; dem Vernehmen nach soll Aussicht vorhanden sein, daß dem Antrage Folge gegeben wird. — Der von dem Greifswalder Magistrat an das dortige Gymnasium zum Direktor berufene Professor Hiecke aus Merseburg ist von dem Könige in dieser Eigenschaft bestätigt worden. Die gegen denselben erhobene Beschuldigung einer ultra-demokratischen Parteiwirksamkeit hat sich nach der angestellten Untersuchung als unrichtig ergeben. Derselbe hat sich bereits seit dem November v. J. von jeder politischen Wirksamkeit zurückgezogen. Es ist daher nicht zu befürchten, daß die in Greifswald vorhandenen Elemente durch dessen Berufung einen neuen Zuwachs erhalten werden.

Königsberg, den 21. Oktober. (Berl. N.) Die „Neue Königsberger Zeitung" meldet, daß Jacoby sich gleich nach seiner Ankunft zu dem Stadtgerichts-Direktor Fischer begeben habe, der ihm anzeigte, daß er sich zur Haft in das Inquisitoriatsgebäude verfügen sollte, was J. auch that. In den Nachmittagsstunden hatte derselbe ein Verhör zu bestehen.

Düsseldorf, den 21. Oktober. (Berl. N.) Wesendonck ist nach Amerika abgereist, und wird vorläufig in das rühmlichst bekannte New-Yorker Haus Loeschigk und Wesendonck als Commis eintreten. Seine Möbeln und sonstigen Effekten wurden hier zu sehr hohen Preisen verkauft.

Altona, den 22. Oktober. (Berl. N.) Bürgermeister und Rath von Tondern haben durch zwei Schreiben vom 15. Oktober der Landesverwaltung erklärt, daß sie die Veordnungen derselben vom 26. September und 5. Oktober nicht publiciren werden.

Hamburg, den 22. Oktober. (Berl. N.) General v. Hahn übernimmt an der Stelle des Obersten v. Lebbin das Commando der Preußischen Truppen im Herzogthum Schleswig, für ihn übernimmt das Commando der Preußischen Truppen hier in Hamburg General v. Döring, der auch bereits hier eingetroffen ist. — Gestern Abend sind die Herren v. Gagern und Mathy von Bremen hier eingetroffen.

Frankfurt, den 20. Oktober. (Berl. N.) Se. Kaiserl. Hoheit der Reichsverweser besuchte heut das polytechnische Institut. — Der Staatsrath Römer ist gestern nach Stuttgart zurückgereist. Ueber den eigentlichen Zweck seiner Reise hierher vernimmt man nichts Zuverlässiges; nur so viel ist Thatsache, daß er verschiedene Conferenzen mit dem Präsidenten des Reichs-Ministeriums, Prinzen A. v. Wittgenstein, so wie die Ehre hatte, von dem Erzherzog-Reichsverweser empfangen und zur Tafel gezogen zu werden. — Der Unterstaats-Secretär im Reichsministerium, Legationsrath v. Biegeleben, ist über

München hier wieder eingetroffen. — Von dem vorgestern hier einmarschirten Bataillone des 31. Preuß. Infanterie-Regiments mußten über 120 Mann einquartiert werden, so sehr auch die Bürger auf die völlige Einkasernirung hofften. — Jenny Lind besuchte gestern Abend die Opernvorstellung im Theater.

Karlsruhe, den 20. Oktober. (Karlsr. Z.) Gestern fällte das außerordentliche Kriegsgericht in Mannheim ein Todesurtheil gegen den bekannten Theodor Mögling von Brackenheim, welcher bereits an dem Heckerschen Zuge sich betheiligt, und auch an der Mai-Revolution thätigen Antheil genommen hatte. In dem Gefecht bei Waghäusel hatte er eine bedeutende Wunde erhalten, so daß er, noch immer nicht geheilt, an Krücken vor den Richtern erschien. Sein Auftreten vor den Schranken des Gerichts und der ganze Eindruck, welchen die Verhandlungen machten, war so günstig, daß die Richter denselben einstimmig der Gnade empfahlen. Bei dieser einstimmigen und entschiedenen Empfehlung von Seiten des Gerichtshofs, und dem Umstande, daß eine Execution an dem Schwerverwundeten, der sich ohne fremde Hülfe nicht aufrecht erhalten konnte, einen das Gefühl empörenden Anblick dargeboten hätte, sah sich das Kriegsministerium veranlaßt, die Todesstrafe, trotz der schweren Betheiligung des Verurtheilten, in zehnjähriges Zuchthaus zu verwandeln.

Hechingen, den 16. Oktober. (B. N.) Zur Vorfeier des Königstages hatten wir hier vorgestern große Festparade und solennes Mittagsmahl des Preußischen Militairs und der Honoratioren hiesiger Stadt. Am Abend beleuchtete der Königl. Zoller in Flammen die Schwäbische Alp. Vier große Feuer brannten von $6\frac{1}{2}$ bis gegen 8 Uhr auf den Seiten der Burg, genährt von 800 Reisigbündeln, 700 Bunden Stroh, 6 Centnern Pech und Kolophonium. Dazwischen stiegen Raketen aus der Burg; die Thurmspitze war mit Pechkränzen garnirt, welche die Flagge beleuchteten, und von Zeit zu Zeit prangten die majestätischen Ruinen in weißem und rothem bengalischen Feuer. Die begeisterten Hochs auf das Haus Hohenzollern und sein erhabenes Oberhaupt schallten weit in die Berge hinein. Nicht minder erhebend und würdig war die Feier, welche an dem hohen Geburtstage selbst der Fürst von Sigmaringen in seiner Residenz veranstaltet hatte. Große Reveille, Glockengeläute und Kanonendonner leiteten das Fest ein; darauf Parade der Preußischen Truppen, vor deren Fronte der ritterliche Fürst ein, mit Enthusiasmus aufgenommenes, Hurrah dem Könige ausbrachte. Um 12 Uhr Speisung von 50 Unteroffizieren und Gemeinen in dem alterthümlichen Waffensaale des fürstlichen Schlosses zu Sigmaringen, und um $2\frac{1}{2}$ Uhr große Tafel im Ahnensaale, wobei der Fürst in der ihm eigenen, sinnreich, gemüthvoll und zugleich kräftigen Weise den Toast auf „Preußens Deutschen König" ausbrachte.

Hechingen, den 21. Oktober. (B. N.) Die politischen Untersuchungen befinden sich in vollem Gange; auch in Sigmaringen sollen die Untersuchungen nächstens beginnen.

Oesterreich.

Wien, den 21. Oktober. (Berl. N.) Radetzky hat heute seine Rückreise nach der Lombardei, wo er in seinem Wirkungskreis als Stellvertreter Sr. Maj. des Kaisers mit den ausgedehntesten Vollmachten verbleibt, angetreten. Er verließ heute Morgen die Kaiserl. Burg mit tiefer Rührung. Es rollten ihm die Thränen herab, nachdem sich die Umstehenden beurlaubt hatten, und einige um seinen Segen baten. Dem Vernehmen nach ist ein von Sr. Maj. dem Kaiser für ihn und seine Familie beabsichtigtes Majorat in ein Geld-Equivalent verwandelt worden und seine beiden Kinder erhalten Leibrenten. Dieser Allerhöchste Entschluß wird im Publikum die lebhafteste Theilnahme erwecken, da die beschränkten Vermögens-Verhältnisse des Marschalls allgemein bekannt sind. (Der arme Mann!)

LNB. Wien, den 23. Oktober. F.M. Radetzky war berreits in Laibach angelangt. Bei seinem Einzuge in Gratz bemerkte man an seiner Seite den F.Z.M. Haynau. — Die K. K. Truppen haben bereits die Winter-Dislokationen bezogen und es sind 84 Ortschaften mit Garnisonen (mindestens zu 1 Bataillon) versehen worden. — Nach einem im Kriegsministerium abgefaßten detaillirten Ausweise sind in Ungarn im Ganzen 660,151 Flinten, 2879 Pistolen, 216,000 Säbel, 2073 Lanzen und 500 Kanonen verschiedenen Kalibers der Ungarischen Armee abgenommen worden. — Am 20. d. sind in Pesth neuerdings 3 politische Gefangene mit dem Strange hingerichtet worden. Fürst Woroniecki, früher K. K. Offizier; der Adjutant Dembinski's-Havancourt, noch aus der Polnischen Revolution bekannt und Giron, Commandant der Deutschen Legion, der bei Peterwardein in Gefangenschaft gerathen war. (Erstere Beide sind Galizianer, letzterer ein Aachener Bürger.) — Auch aus Hermannsstadt bringen die neuesten Nachrichten kriegsrechtliche Urtheile, welche bei der Rebellion kompromittirte Geistliche und Beamte in höherer Stellung betreffen. Sie scheinen jedoch von milderen Gesichtspunkten auszugehen und erstrecken sich nicht über zweijährige Festungsstrafen. — Gegen die vor einiger Zeit mit Bestimmtheit angegebene Nachricht einer Nichtanerkennung der früheren Ungarischen Banknoten erheben sich noch immer Zweifel; vielmehr taucht wieder die Meinung auf, es werde den hierüber herrschenden Ansichten Rechnung getragen und eine Entschädigung auf die Ungarischen Landes-Einkünfte bewilligt werden. — Der K. K. Gesandte zu London, Graf Colloredo, hat seine Entlassung eingereicht. — Se. Majestät haben nach Anhörung des Ministerrathes beschlossen, in Ungarn den Grundsteuerkataster einzuführen, aber bis zur Vollendung desselben die frühere Kriegs- und Domestikal-Steuer für das Verwaltungsjahr 1849—50 zu belassen. Auch die sonst befreiten besitzenden Einwohnerklassen sind der Besteuerung zu unterziehen, ohne daß Jemand aus seiner persönlichen Eigenschaft eine Ausnahme beanspruchen kann. — Auch für Siebenbürgen ist eine gleiche Verordnung ergangen, um die Gleichheit aller Reichsbürger vor dem Gesetze in Absicht auf die Tragung öffentlicher Lasten herzustellen, und ohne welche der Verkehr zwischen Ungarn und Siebenbürgen und den übrigen Kronländern von den durch die Zwischenzolllinie verursachten Hemmungen nicht befreit werden kann.

In Pesth hat die Barbarei, die hochgestellten Ungarn ohne Weiteres unter die gemeinen Soldaten zu stecken, zu einem Conflict geführt, deren viele nicht ausbleiben werden. Es gerieth nämlich ein Baron Podmanitzky, der beim Fuhrwesen eingereiht war, mit seinem Corporal in Streit, weil er während der Reise aus einem Hafersacke den größten Theil des Inhalts verlor. Als der Corporal darüber beim Rittmeister Klage führte, ward über den jungen Baron eine entehrende Strafe verhängt. Hierauf trat dieser am nächsten Morgen mit zwei Pistolen in das Zimmer des Rittmeisters und forderte ihn auf ein Duell. Die Schläfe des Rittmeisters erlitt eine Streifwunde; Podmanitzky aber soll vom Kriegsgerichte zum Tode durch Pulver und Blei verurtheilt worden sein. — In Ofen ist endlich die so oft besprochene Angelegenheit der Juden-Gemeinde in ein neues Stadium getreten. Vor einigen Wochen wurden die Vorsteher, die sämmtlich wegen der übergangenen Zahlungsfristen verhaftet waren, ihrer Haft entlassen. Daran knüpfte sich die Hoffnung einer weiteren Nachsicht. Nun ist unterm 7. Oktober d. J. die Weisung an dieselbe ergangen, „daß die beabsichtigte Straf-Requisition in eine Geldstrafe umgewandelt worden sei, daß auf die Ofener Juden-Gemeinde nach beiliegender Berechnung für ihr Theil eine Summe von 573,915 Fl. C.-M. komme, welche in sechs Raten abzuführen sei; der Betrag der bereits fälligen vier Raten per 265,073 Fl. C.-M. sei also gleich ohne Verzug zu erlegen, mit einem Pönale von 500 Fl. C.-M. für jeden Tag des weiteren Verzuges". Schließlich werden der Gemeinde „noch weitere Zwangsmaßregeln angedroht, welche in ganzer Ausdehnung mit vollster Strenge unausbleiblich ins Leben gerufen werden sollen und ihr die traurigsten Folgen zu Gemüthe geführt, die mit unerbittlichem Nachdrucke die Israeliten-Gemeinde treffen müßten, falls die Eintreibung der Pönale ohne Wirkung bliebe!" Das alles wird decretirt, während es notorisch ist, daß die arme Ofener Juden-Gemeinde nicht den zehnten Theil des Verlangten erschwingen kann. — In Krakau wurden kürzlich nach jener neu erfundenen Art Oesterreichischer Justiz eine Schwester und ein Schwager Dembinski's, die sich dort aufhielten, ohne sich im Geringsten um die Politik zu bekümmern, plötzlich festgenommen. (Cöln. Z.)

Frankreich.

Paris, den 21. Oktober. (Köln. Z.) Der Ministerrath war gestern Vormittags im Elysée versammelt. Zwischen L. Napoleon und Tocqueville kam es zu sehr lebhaften Erörterungen. Nach der „Estafette" soll eine Umgestaltung des Ministeriums nahe bevorstehen; Dufaure hatte gestern eine angeblich darauf bezügliche mehrstündige Conferenz mit L. Napoleon. — Vor der gestrigen Sitzung umgaben Dufaure im Conferenzsaale viele Repräsentanten, welche sein Ministerium unter Cavaignac unterstützten. Sie versicherten ihn sämmtlich ihrer Zustimmung, wenn er an dem vom Präsidenten der Republik angedeuteten Wege festhalte. — Der Englische Botschafter gab vorgestern eine große Soiree, wobei die Abwesenheit der Vertreter Oesterreichs und Rußlands auffiel. — Die Commission der perlamentarischen Initiativen hat ihren Bericht über einen Vorschlag Creton's, nach welchem die Gesetze wegen Verbannung der Bourbonen aufgehoben, die Mitglieder beider Familien aber erst nach 6 Jahren zu Repräsentanten und nach 8 Jahren zur Präsidentschaft oder Vicepräsidentschaft der Republik wählbar sein sollen, gestern vertheilen lassen. Die Commission erklärt, daß sie grundsätzlich für die Aufhebung der Verbannungsgesetze und zwar ohne die oben erwähnten Beschränkungen sei, daß sie jedoch in Folge der Erklärung O. Barrot's, die Aufhebung jener Gesetze würde für jetzt eine Unbesonnenheit sein, beantragen müsse, den Vorschlag als ungeeignet nicht in Berathung zu ziehen.

— (Köln. Z.) In der gestrigen Sitzung des hohen Gerichtshofes zu Versailles ward das Zeugen-Verhör fortgesetzt. Ein Zeuge sagt aus, Oberst Guinard habe in einer Rede an seine Artilleristen gesagt, die Verfassung sei verletzt worden; man müsse dieselbe vertheidigen, und er fordere sie daher auf, ihn nach dem Conservatoire zu begleiten. Zum Laden der Waffen habe der Oberst jedoch keinen Befehl gegeben. Zeuge Pelt hat Guinard rufen hören: „Es lebe die Verfassung! Es lebe der Berg!" Er setzt hinzu, daß der Zug der Artilleristen bei dem in den Straßen versammelten Volke wenig sichtbaren Anklang gefunden habe. Zeuge Faget, Capitain der Nationalgarde, hat die Colonne der Artilleristen, an deren Spitze Ledru-Rollin und andere Repräsentanten vom Berge sich befanden, während sich ihr eine Menge anderer Personen hinten angeschlossen hatten, den Ruf zu den Waffen ausstoßen hören; er hat jedoch bemerkt, daß weder Ledru-Rollin noch Guinard sich dabei betheiligten. Zeuge Lormand, pensionirter Lieutenant, hörte am Conservatorium Artilleristen einander zum Schießen auffordern, damit die Nationalgarde nicht herankommen könne. Er sah übrigens Artilleristen der Errichtung von Barrikaden, womit man begonnen hatte, sich widersetzen. Der Zeuge Rheims, Capitain der Nationalgarde, erklärt, daß der Thorschließer des Conservatoire gegen seinen Befehl der heranrückenden Schaar der Artilleristen, an deren Spitze sich Ledru-Rollin, Boichot, Rattier und Guinard befanden, das Gitterthor geöffnet und sie in den Hof einließ, wo er, der Zeuge, sich mit einigen Nationalgardisten und wenigen Liniensoldaten unter Sergeant Tronche befand. Er hörte, wie letzter von Rattier zu Vivats für die Verfassung und die Republik aufgefordert ward. Zeuge giebt an, daß er den Sergenten aufforderte, sich mit seinen paar Soldaten zu entfernen, damit sie nicht entwaffnet würden. Er selbst ging sodann weg, um weitere Mannschaft der Nationalgarde zu holen. Die Zahl der in den Hof des Conservatoire's eingedrungenen Artilleristen rc. schätzt er auf zweihundert. Der nächste Zeuge ist Ratte, Schließer des Conservatoriums. Er hat dem heranrückenden Zuge von Repräsentanten und Artilleristen auf die Aufforderung: „Im Namen der Verfassung! Oeffnet! Wir sind Repräsentanten!" das Gitter aufgemacht, worauf alle hineindrangen. Was in den Sälen des Conservatoriums vorging, weiß er nicht; als aber Soldaten des 62. Regiments angekommen waren, sah er Repräsentanten, Artilleristen rc. sich flüchten und drei Schärpen, Säbel und Bayonette zurücklassen. Der Zeuge Sergent Troche, welcher den Posten am Conservatorium befehligte, erklärt, daß Boichot gesagt habe: „Nein, ich will nicht, daß man entwaffne." Andere forderten dem Zeugen seine Patronen ab, die er jedoch entschieden verweigerte. Die ihm vorgelegte Uniform Boichot's erkennt er wieder. Um 6 Uhr wird die Sitzung geschlossen. — Nach Berichten aus Toulon ist das Mittelmeergeschwader, welches 8000 Mann und 600 Kanonen zählt, am 17. Okt. unter Segel gegangen.

— 22. Oktober. (Köln. Z.) Der Ministerrath versammelte sich gestern zuerst in der Canzlei und dann im Elysée. Nach der „Patrie" wurden Couriere nach Petersburg und Wien abgeschickt. Lord Normanby hielt eine Conferenz mit L. Napoleon. Der apostolische Nuntius, welcher den römischen Debatten mit sichtbarer Theilnahme beigewohnt hat, begab sich gestern Vormittag zu Odilon Barrot und Tocqueville. — Der hohe Gerichtshof zu Versailles hielt gestern keine Sitzung. — Die Gerant des Journals „Tribune des Peuples" ist auf Antrag des General-Procurators für nächsten Dienstag vor den hohen Gerichtshof beschieden worden; er ist beschuldigt, wissentlich einen untreuen Bericht über die Sitzungen des Gerichtshofes veröffentlicht zu haben. — Vor den Assisen zu Metz begann am 17. das Proceßverfahren wegen des sogenannten Complots von Straßburg. Unter den vor Gericht gestellten sechs Angeklagten sind ein Professor der Medicin und ein Lyceal-Professor zu Straßburg. Ein siebenter Angeklagter hat sich geflüchtet. Schon in der ersten Sitzung nahm das Zeugenverhör seinen Anfang.

Großbritanien und Irland.

London, den 20. Oktober. (Köln. Z.) Die Anarchie in Irland ist im Zunehmen begriffen: Mordthaten auf der Heerstraße, Kornplündereien und Angriffe auf die Polizei, Vorbereitungen zu Partei-Demonstrationen, die blutige Zusammenstöße voraus sehen lassen, das sind die Gegenstände, von welchen die Nachrichten der unglücklichen Insel voll sind. Hierneben kommt die Repeal-Agitation, welche John O'Connell in der Versöhnungshalle leitet, kaum in Betracht; denn dieselbe hat sich so lächerlich gemacht, daß schwerlich ein gefährlicher Einfluß von derselben zu befürchten ist. Eine weit schlimmere Wirkung kann leicht ein Theil der Oppositions-Presse haben, besonders, wenn talentvolle Männer, wie Gaffan Duffy in seiner „Nation", fortfahren, den Leidenschaften und irregeleiteten Begriffen der ungebildeten Volksklasse zu schmeicheln. — Am 18. Oktober ward in der Grafschaft Waterford ein Mann ermordet, weil er in Clonmel vor Gericht Zeugniß gegen einige Angeklagte abgelegt hatte. — Die Königin wird am 30. bei der Eröffnung der neuen Kornbörse zugegen sein; sie wird sich auf einer Staatsbarke von Whitehall nach der City begeben und in der Nähe des Zollhauses aussteigen.

— Der Globe erhebt sich heute in vollster und gerechter Entrüstung über die in Neapel waltende Willkür- und Schreckensherrschaft, und vertheidigt die, von dem dortigen britischen Gesandten, Hrn. W. Temple, eingelegten, schnöde abgewiesenen Warnungen und Rathschläge Der Artikel weist dann nach, wie in Oesterreich und Neapel Alles geschehe, die Revolution nicht nur wieder zu beleben, sondern sie auch schnell, blutig und schrecklich wieder heraufzubeschwören, während die Geschichte doch den verschiedenen deutschen und französischen provisorischen Regierungen, ihrer Verirrungen ungeachtet, immer werde nachsagen müssen, daß sie ihren zeitweiligen Einfluß zur Minderung der Schrecken eines gewöhnlichen Bürgerkrieges verwandten. Ebenso haben die ungarischen Heerführer Milde und Gesittung gezeigt. Und wie werde solche Mäßigung gelohnt? Angesichts der jetzt geübten Gewaltthaten sei es daher Pflicht eines Jeden, welcher die Menschlichkeit nicht herabgewürdigt und die Gesittung durch solche Ausschreitungen nicht entartet zu sehen wünscht, alle Jene in ihrem verderblichen Laufe aufzuhalten.

Spanien.

Madrid, den 15. October. (Spen. Z) Lola Montez befindet sich seit zwei Tagen in Barcelona mit ihrem neuen Gatten Herrn Heald. Sie ist von Paris gekommen und wird mit dem ersten Dampfboote nach Cadiz abgehen. „Die Erscheinung dieser sonderbaren Frau," sagt eine Zeitung, „ist bei dem ersten Anblick nicht so auffallend, dagegen zieht ihr junger und schöner Gemahl sehr die Aufmerksamkeit auf sich. Lola Montez trägt sich nach Pariser Mode und spricht sehr geläufig englich und französisch, dagegen scheint sie das Spanische etwas vergessen zu haben, was auch nicht zu verwundern ist, da sie so lange in der Fremde gelebt, wo sie, und namentlich in Baiern, so viele Erinnerungen zurückgelassen hat." — Der hier erkrankte Prinz Georg von Preußen muß nach der Ansicht der Aerzte noch 3 Wochen das Zimmer hüten.

Italien.

Der Papst wird im Laufe Decembers in seiner Hauptstadt zurück erwartet. Einem Briefe aus Rom vom 12. Okt. in der „Patrie" zufolge hatte Pius IX das heilige Kollegium in Betreff seiner Rückkehr um Rath befragt. Eine sehr lange Verhandlung über diesen Gegenstand hatte Statt gefunden; sie begann am 6. Okt. und ward am folgenden Tage wieder aufgenommen und beendigt Die Majorität sprach sich dahin aus, daß der Aufenthalt seiner Heiligkeit in Rom wünschenswerth sei; als Residenz schlug sie den Vatikan vor. — Nach dem „Constitutionale" ist es in Florenz zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen den Oesterreichischen Soldaten und dem Volke gekommen. Ein des Diebstahls beschuldigter Soldat war verhaftet und nach dem Bargello (dem De-

pot der Polizei-Präfektur) gebracht worden. Das Volk rottete sich vor der dort postirten Oesterreichischen Wache zusammen und überhäufte dieselbe mit Schimpfreden, indem es vorgab, man wolle den Verbrecher entwischen lassen. Die Soldaten gaben Feuer und ein Mensch ward getödtet, so wie zwei verwundet. Weitere Details fehlen. — In **Bologna** sind drei Personen wegen Tragens von Taschenmessern, welches durch die Oesterreichischen Behörden auf's strengste verboten ist, standrechtlich hingerichtet worden. (Köln. Ztg.)

Rußland und Polen.

Längs der Warschau-Krakauer Bahn wird ein Russisches Corps von 60,000 Mann, in Warschau und Umgebung ein gleich starkes und bei der Festung Zamość ein Corps von 40,000 Mann den Winter über cantonniren. (Cöln. Z.)

Vermischtes.

Der Reaktionär. (Schluß.) Der Verfasser des Manuscripts war 11 Jahre lang Offizier, „ich bin ausgeschieden, weil ich den Schwur auf die Verfassung nicht leisten werde". Was ihn selbst und sein Buch, zwei Objekte, die vollkommen identisch sind, betrifft, (denn in seinem Buche ist nichts, was nicht in ihm gewesen wäre und es ist nichts mehr in ihm, seit sein Buch geschrieben ist) so wird es nothwendig sein, zur Erkenntniß dieser haute politique das Programm des großen Publizisten auszuziehen. Wir dürfen ihn nicht zu der bekannten frommen Partei mit mehr als **gußeiserner**, mit **stählerner** Stirn rechnen, denn er sagt rund heraus: „**Baiern muß ausgeschmiert werden,**" aber in der auswärtigen Politik möchte er mit der Neuen Preußischen gehen können; sagt er doch: „Die Erschießungen in Baden genügen mir weder in der Zahl noch in der Art und Weise. (S. 37.) Er besitzt nicht die Delikatesse des Hrn. v. Bismark-Schönhausen und Kleist-Reetzow, die immer noch ein wenig mit der Constitution coquettiren, sondern er sagt barsch und gräßlich: „Die erhaltene Constitution ist der Ruin des Vaterlandes. Im absoluten Herrscher suche ich das alleinige Heil. — Die Herren Offiziere sind die besten Preußen. — Hingebend tragen sie die schändliche schwarz-roth-goldene Kokarde." „Ich halte es für Pflicht, daß die Constitution wieder aufgehoben werde. Es geht ganz sicher, denn wer wird es wehren? — Erhebt die eine Million, in deren Wunsch sie liegt, ein zu großes Geschrei, und läßt sie sich in Güte gar nicht beruhigen, nun, so muß die Todesstrafe schon etwas nachhelfen." Welche reizende Naivetät der Darstellung, welcher kindlich unbefangene Ton. „**Es möge ein Preßgesetz erscheinen, welches für Preßvergehen sogar die Todesstrafe beantragen kann.**" (S. 26.) Man sieht, auch Schlesien hat seinen **Thadden-Trieglaff** gefunden, seine Preßfreiheit mit dem Galgen. Aber er ist, unähnlich allen seinen Parteigenossen, ungalant gegen das schöne Geschlecht. „Einem Frauenzimmer, das, ohne daß sie etwas angeht, öffentlich Se. Majestät um Gnade, Gnade für Kinkel anschreit, wäre der Besen auf einem gewissen, weichen, vorher zu entblößenden Theil des Körpers, an allen vier Ecken eines Marktes, der beste Bescheid." (S. 19.) Ich sehe diesen Mann vor Augen, wie Kinkel ihn Wochenlang beschäftigte, wie kein Essen, keine Kreuzzeitung, nicht Bier, nicht Wein, wie keine Weiße ihm schmeckte, wie er sich nicht mehr rasirte, sondern mit Zoll langen Bartstoppeln auf seinen Feldern mit der Peitsche umherirrte und einen Bauerjungen, der eine Kuh in seinen Klee getrieben hatte, jammervoll durchhaut, weil er ihn in dem Augenblicke für Kinkel hält. Dazu das Knallen der Bauerflinten — Jagdgesetz — o — der Zustand muß mitleidserregend gewesen sein. Was für ein **Stockrusse** er endlich ist, mögen wieder seine eigenen Worte beweisen. „Sicher wäre die Revolution schon unter Friedrich Wilhelm III. ausgebrochen, hätte er nicht zum geeigneten Momente Männer, wie **Schön** und **Boyen**, **Hardenberg** und **Stein** zu entfernen, oder ihren zu weit greifenden Ideen in seinem festen Willen eine moralische Schranke zu setzen gewußt." Hier hört in der That schon das civilisirte Europa auf und wir klappen dieses kirgisische Büchlein zu, indem wir alle Rohrsperlinge und Reactionäre, die zwischen aufwuchernden Halmen und Bayonetten in Sicherheit, herausschimpfen lassen. (C. Z.)

Kammer-Verhandlungen.

39ste Sitzung der zweiten Kammer vom 23. October.

Präsident: Graf v. Schwerin. (Eröffnung 12¼ Uhr.)

Am Ministertische: von **Manteuffel**.

Forsetzung der gestern vertagten Verhandlung von den Kammern.

Eine lange Reihe von Amendements, die zum Theil von vorn herein einen komischen Eindruck machen, wird verlesen.

Abg. **Camphausen** spricht für den Kommissionsantrag, wobei er auf die Regierungsvorlage vom 22. Mai 1848 zurückgeht und bemerkt, daß dieselbe einen Sturm des Unwillens hervorgerufen habe. Nach dem Vorschlage der Kommission sollen $\frac{2}{3}$ der gewählten Mitglieder von den Kreisvertretern, $\frac{1}{3}$ von den höchstbesteuerten Grundbesitzern gewählt werden. Hiervon weicht das Amendement Keller am meisten ab. Wenn derselbe erklärt hat, daß er bei Annahme seines Vorschlags gern in eine Streichung des § 108 willigen würde, so meine ich doch: wie sehr auch einige Stimmen mehr dankbar angenommen werden müssen, so dürfte dies doch im Hinblick auf die immense Majorität von 212 gegen 93 Stimmen, mit der eine Kammer, deren Ursprung nur allzubekannt ist, ihre Ansicht über diesen §. ausgesprochen hat, von keinem moralischen Gewicht sein. Wir müssen daher den Vorschlag des Abg. Keller ganz objectiv beurtheilen. Der Redner weist nun an dem Beispiel Englands nach, an der allgemeinen Klassensteuer und der Grundsteuer, an den Kämpfen des hohen Adels für die Freiheit Britaniens, daß in Deutschland kein Boden für eine erbliche Pairie sei. Hier sei gerade der große Grundbesitz der Volksentwickelung hinderlich gewesen. In den Provinzial-Landtagen und im vereinigten Landtage habe der große Grundbesitz nicht mitgewirkt zur Erlangung politischer Rechte. Endlich führte der Redner die Achtung der englischen Aristokratie vor jeder entgegengesetzten politischen Meinung und vor den Rechten des Volkes an und meint, bei uns könne so lange von einer erblichen Pairie nicht die Rede sein, so lange unsere großen Grundbesitzer von den Grundrechten der Nation nicht reden, ohne ein herablassendes Lächeln um ihre Lippen schweben zu lassen, so lange sie die Kammern der Uebereilung allzeit für fähig halten, wenn sie nicht von den Ministern in den Schranken „wohlverstandener Interessen" gehalten würden. (Murren rechts.) Was die übrigen Amendements betrifft, so schließt sich der Redner denen an, welche die erste Kammer aus den Bezirksvertretern hervorgehen lassen. Er will jedoch den großen Grundbesitz vorzugsweise vertreten sehen. Denn derselbe sei an sich den Freiheiten des Volkes nicht entgegen, wenn nur die vorhandenen Vorrechte derselben erst abgeschafft sind. Der große Grundbesitz sei nicht allein aufs Engste an die Geschicke des Landes geknüpft, sondern verschaffe auch eine unabhängige Stellung.

Abg. v. **Canitz-Dallwitz**: Ich will nur mit wenigen Worten gegen die erblichen Pairs sprechen. Wenn Sie die erste Kammer aus den Pairs zusammensetzen wollten, die wir in unserm Vaterlande besitzen; so würde aus der Kammer ein Kämmerchen entstehen, das bald in ein Cabinet ausarten würde (Heiterkeit.) Großer Grundbesitz und viel Geld machen reiche Leute, aber keine Pairs! Hätten wir wirkliche geistige Pairs, so brauchten wir keine Pairs durch die Verfassung zu machen, die Pairs würden schon längst die Verfassung gemacht haben. (Bravo!) Das können doch wohl nicht unsere Pairs sein, die mit **langer** Spadille und **kurzem** Gedächtniß im vorigen Jahre einen Schritt vor dem Volke voraus sein wollten, dann aber baldigst mit der Devise erschienen: „**Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo!**" Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Wenn Jemand den Versuch machen wollte — die Abgeordneten für Zauche und Schievelbein erlauben mir wohl ein Beispiel aus dem schönen Geschlecht zu nehmen — und Jemand den Versuch machen wollte, einen weiblichen Treubund zu stiften, so muß er sich erst die Gewißheit verschaffen, daß auch der Stoff dazu vorhanden ist. (Heiterkeit.) So lange sie nicht eine Liste der künftigen Pairs mir aufzeigen können, so lange ist keine Pairskammer möglich.

Der Abg. **Urlichs** meint, die Kammer sollte sie wählen. Ich würde mich in großer Verlegenheit befinden, 80 Pairsfamilien in Preußen herauszusuchen. Freilich, wo das **Zuckerrohr** nicht gedeiht, zieht man den Zucker aus **Runkelrüben**. (Heiterkeit und Murren.) Es muß natürlich Jedem überlassen bleiben, welche Pflanze er für nützlicher hält! Ich glaube, jeder **wahre** Pair wird mit der Zeit hier schon seinen Sitz bekommen; der große Grundbesitz hat so hier schon einen Anhang und das Verdienst wird, von Vater auf Sohn vererbt, seine Kronen nicht vermissen! Ein geehrtes Mitglied hat uns ins Gewissen geredet, daß Se. Maj. den Reichsstandesherrn Sitz in den künftigen Reichsständen zugesichert habe, daß wir das Wort des Königs nicht brechen dürften. Meine Herren! Wir sind zuvörderst nicht Reichsstände, und dann giebt es Präcedenzfälle, wo **Versprechungen des Königs dankbarlichst zurückgegeben** wurden. (Bravo links. Zischen rechts.) Ein anderes Mitglied meinte, die Pairs würden eine Mauer und Stütze des Thrones sein. Meine Herren! Das Holz, aus dem Sie Pairs schnitzen wollen, ist sehr **wurmstichig** und Gnade Gott dem Thron, den Sie damit stützen wollen! (Bravo und Zischen.) Wenn Sie aber trotz alledem, was Gott verhüten möge, erbliche Pairs schaffen wollen, dann wird man auf diese Kammer das Motto anwenden: **Sie war so sanft, sie war so gut, und selbst der Launen Uebermuth hat sie geeifert zu erfüllen!**

Minister **von Manteuffel**: Die Krone hat schon in der Verfassungs-Urkunde angedeutet, in welcher Weise sie die erste Kammer hergestellt sehen möchte. Zugleich hat sie bereits einen praktischen Versuch gemacht, eine erste Kammer ins Leben zu rufen. Einer der Herren Vorredner bedauerte mit Recht, daß man zur Erörterung über die Zusammensetzung der ersten Kammer geschritten ist, ohne über die Gemeine- und Provinzial-Vertretung etwas Sicheres festgestellt zu haben. Ich stimme hiermit ganz überein, ich gehe sogar noch weiter. Auch wenn wir schon eine Provinzial- und Gemeinde-Vertretung hätten, wäre es immer gewagt, hierüber etwas festzusetzen. Organische Gesetze lassen sich nur nach dem Leben herstellen. Haben sich die Zustände einmal noch nicht consolidirt, so kann man auch nur ein Provisorium hinstellen. Den Wahlen aus der Gemeine- und Kreisvertretung stehen erhebliche Bedenken entgegen. Die Absicht ist: von der Gemeine die Gemeinevertretung, von den Gemeinevertretern die Kreisvertreter wählen zu lassen und so fort. Man hat dabei auch vorgeschlagen, das conservative Element in der Gemeinevertretung durch größere Berücksichtigung des Grundbesitzes zu stärken. Allein es würden doch auf diese Weise zur ersten Kammer immer wesentlich dieselben Männer wählen wie zur zweiten. Dadurch entstände ein gefährlicher Parallelismus, gefährlich ganz besonders für den Fall einer Kammer-Auflösung. Nach alle dem sehe ich nur zwei Wege: entweder man giebt der Interessenvertretung Raum, oder man muß auf die Stände zurückgehen. Offne Frage bleibt dabei: ob der Census erhöht oder erniedrigt werden solle. **Ich für meine Person bin principiell für Interessen-Vertretung.** Meine Herren, lassen Sie es uns doch offen aussprechen: bei allen unsern politischen Schöpfungen stehen wir mehr oder weniger auf dem Gebiete der Versuche. Lassen Sie uns auch hier einen Versuch machen. Ich habe bereits Erkundigungen darüber eingezogen, wie viel Personen sich in Preußen befinden, die über 8000 Thlr. Einnahme von Grundbesitz haben. Ich möchte die Akten darüber nicht auf dem Tische des Hauses niederlegen, weil ihr Inhalt zu tief in das Privatleben eingreift. Es wird aber interessant sein, und vielleicht selbst auf den Beschluß der hohen Kammer einigen Einfluß zu üben im Stande sein, wenn ich das Resultat kurz mittheile. Nach den mir zufließenden Berichten wären solcher Personen im Preußischen Staate 600 vorhanden. Ich habe davon eine Anzahl gestrichen, bei denen es mir zweifelhaft schien, ob sie nicht zu hoch veranschlagt seien. Es bleiben dann aber immer 490 stehen, die jedenfalls über 8000 Thlr. jährliche Einnahme vom Grundbesitz haben. Davon kommen auf die Provinz Preußen 35, auf Posen einige sechzig, auf Pommern ebenfalls einige sechzig, auf Schlesien 120, auf Brandenburg 71, auf Sachsen 50, auf Westphalen einige vierzig und auf die Rheinprovinz 38. Meine Herren, ich bin weder ein Tadler noch ein Lober des Adelstandes. Lassen Sie uns aber gerecht sein, und bedenken, daß der Grundadel in Preußen zum großen Theil aus politischen Gründen zerschlagen, und daß ihm dadurch die Gelegenheit geradezu genommen ist, sich an den öffentlichen Angelegenheiten zu betheiligen. Dennoch aber ist er eine Macht geblieben. Ich könnte Ihnen wahrlich aus unserem Adel Namen von gutem Klang nennen. Ich glaube deshalb, daß die Möglichkeit nicht bestritten werden kann, auf Grundbesitz die erbliche Pairie zu gründen. (Einzelnes Bravo!) Die Fideicommisse brauchen deshalb nicht aufgehoben zu werden. In England ist dies auch nicht nöthig. Auch glaube ich nicht, daß die Fabrikanten 2c. dasselbe Recht in Anspruch nehmen werden; ihre Intelligenz wird sie davor bewahren. Was die Universitäten betrifft, so werden weder sie noch der Staat dabei verlierrn, wenn ihnen wieder politische Bedeutung beigelegt wird. Ob aber gegenwärtig der Moment für solches Institut gekommen — diese Frage **wage ich nicht zu bejahen**. Aber das glaube ich, lieber muß man sich mit einer provisorischen Einrichtung begnügen, als gefährliche Experimente machen. In diesem Sinne möchte ich mich dem Vortrage des Abg. v. Görtz anschließen. Die Frage der Steuerbewilligung ist bei der gegenwärtigen Verhandlung mit großer Lebendigkeit aufgenommen; ich tadele deshalb Niemanden, aber ich beklage es, daß man sich dieser Frage wegen trennen zu wollen scheint. Ich wünsche, daß die Zeit auch über diese Frage Beruhigung und Verständigung herbeiführen wird. Wenn man aber gesagt hat: „Der Staatsmann ist **kurzsichtig**, der das Steuerbewilligungsrecht den Kammern vorzuenthalten gedenkt", so **will ich mich nicht zu den weitsichtigen Staatsmännern rechnen**. Aber es kommt oft vor, daß weitsichtige Astronomen, die die Monde des Jupiters sehen, über das zunächstliegende straucheln. Und wenn ein Dessauer oder Köthener Abgeordneter mich deshalb nicht für ebenbürtig halten will, so werde ich ihm antworten: Ich will Dir Deinen Stolz lassen. Mein Stolz ist, daß ich mich mit dem begnüge, was meinem Staate frommt. Die Debatte wird auf morgen 12 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung: 4 Uhr.

40. Sitzung der zweiten Kammer vom 24. Oktober.

Alle Tribünen, auch die Diplomatenloge (man bemerkt daselbst Herrn von Prokesch), füllen sich heute pünktlich um 12 Uhr. Besonders bemerkt man viele Damen. — In der Hofloge: Alexander von Humboldt, der Prinz von Preußen, dessen Sohn 2c. Die Abgg. finden sich später ein. Um halb eins erscheint Hr. v. **Radowitz** mit Abg. von **Bodelschwingh**, den Ministern Graf **Brandenburg** und **Simons**. Später von **Ladenberg**, v. d. **Heydt**, v. **Rabe**, v. **Manteuffel**.

Präsident Graf **Schwerin**: Ich ertheile nunmehr das Wort dem Commissarius des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. (Spannung.)

Regierungscommissar, General von **Radowitz**: Meine Herren! In der vorläufigen **Antwort**, welche die Regierung **auf die Interpellation** des Abg. v. **Beckerath** ertheilte, mußte sie die bestimmtere Erklärung vorbehalten. Der Zeitpunkt ist jetzt eingetreten. Als ich zuletzt zu Ihnen sprach, legte ich Ihnen die Ansicht der Regierung dar; auch heute steht dieselbe fest: daß Deutschland einer Gesammtverfassung bedarf, die der Vielheit seiner Glieder und der Einheit des Volkes gerecht würde. Die Einheit soll gewahrt werden in der Regierung durch den Reichsvorstand, in der Vertretung durch das Volkshaus; die Vielheit in der Regierung durch das Fürstencollegium, in der Vertretung durch das Staatenhaus. Dies ist die Verf., welche dem wahren Bedürfniß Deutschlands entspricht. Zur nächsten Zukunft gewendet knüpfte ich damals die Hoffnungen und Vorsätze der Regierung an meine Mittheilungen. Heute muß ich Ihnen erklären, daß die Hoffnungen derselben alle Theile des großen Vaterlandes in eine Verfassung zu vereinigen, sich nicht realisirt haben, daß aber ihr Vorsatz, diesem Ziele nachzustreben, unverändert geblieben ist. (Bravo!) Die Regierung hat bei Verfolgung ihres Zieles die verschiedenartigsten Verdächtigungen erfahren. Man hat an alle Leidenschaften appellirt, Hinderungen und Störungen ihr in den Weg gelegt. Alles konnte sie nicht darin hindern, ihren Beruf zu erfüllen, bis an die Grenze des Möglichen vorzuschreiten .... (Bravo!) eine Grenze, welche auch durch die politische Ehre bedingt ist. Ich habe Ihnen also über den Weg, nicht über das Ziel Rechenschaft zu geben.

Sie wissen, daß Preußen dahin trachtete, Deutschland in einen Bundesstaat und diesen mit der Oesterreichischen Monarchie in eine Union zu verbinden. Die Regierung hat diese ihre Absicht vor der Hand aufgeben müssen, da Oesterreichischer Seits auf eine Union nicht eingegangen wurde und Baiern, Würtemberg und Hessen-Homburg ihren Beitritt zum Bundesstaate verweigerten. Ich werde die Akten hierüber auf den Tisch niederlegen. Durch diese beklagenswerthe Thatsache ist die Regierung dazu gezwungen worden, innerhalb des territorialen Bereichs des Deutschen Bundes ein staatsrechtliches Vaterland zu gründen. Die Aufgabe, die sich die Regierung hierbei gestellt hat, ist, daß die Verfassung des engeren Bundes die Verträge von 1815 nicht verletzen dürfe, daß aber auch bei der Reorganisation des Deutschen Bundes kein Moment hervortrete, der den engern Bundesstaat unmöglich mache. Der Bund von 1815 hat ein provisorisches Organ erhalten, die wohlgesinnten und patriotischen Männer könnten die Besorgniß, ja den Wunsch hegen, Preußen möchte sich nicht dabei betheiligen. Ich bitte Sie jedoch, sich zu fragen, ob die Preußische Regierung der Bildung eines solchen Interims zustimmen sollte. Ich glaube, diese Frage muß mit Ja beantwortet werden. Das unzweifelhafte Recht, das praktische Bedürfniß, die höheren politischen Rücksichten erfordern es. Wir sind nicht der Ansicht, daß das Jahr 1848 spurlos am Bunde vorübergegangen sei, sondern wir unterscheiden zwischen dem, was bestehen geblieben und dem, was gefallen ist. Wir können aber nicht in Abrede stellen, daß alle Glieder des Bundes die vertragsmäßige Verpflichtung haben, eine Behörde einzusetzen, welche die Leitung der öffentlichen Bundesangelegenheiten übernehme. Ebenso dringend ist das praktische Bedürfniß, eine Centralbehörde einzusetzen. Der Bund besitzt ein beträchtliches Eigenthum. Hierin liegt die Nothwendigkeit einer Verwaltung. Aber auch die höheren politischen Rücksichten erfordern, daß ein Organ bestehe, welches die Interessen wahre, welches die Rechte und Pflichten auf sich nehme, die der Bund durch die Verträge von 1815 erlangt hat. Jetzt ist kein Subjekt da, welches dem Auslande gegenüber diese Pflichten und Rechte vertrete. Der Bund von 1814 hat eine internationale Stellung in Europa, die nicht von einem Staate und nicht von mehreren Gliedern ausgeübt werden kann. Außerdem ist die Regierung auch von dem Wunsche beseelt, eine fruchtbare Verständigung mit Oesterreich anzubahnen. Sie hat immer die Ueberzeugung gehegt, daß eine wahre Lösung der deutschen Verfassungskrisis erst durch ein aufrichtiges Uebereinkommen mit Oesterreich bewirkt werden kann. Sie weiß zwar, daß die Stellung der beiden Regierungen zum Neubau der deutschen Verfassung verschieden ist, sie wird aber nie den Wunsch aufgeben, die Erkenntniß dessen zu finden, was Deutschland und dem Kaiserstaate heilsam ist. Wenn nun die Frage, ob solch Interim für Deutschland heilsam ist, bejaht werden muß, so lassen Sie uns auf eine Prüfung der besonderen Bestimmungen des Interims eingehen. Wir haben die Pflicht gehabt, darauf zu sehen, daß die neue Behörde den engen Bund nicht gefährde. Aus den Gefahren Nutzen zu ziehen, welche das Auseinanderfallen des Bundes zur Folge haben mußten, das hat Preußen weder im Oktober noch im April gewollt. Preußen hat es verschmäht, den zweischneidigen Beistand der Revolution anzunehmen, es hat es selbst da verschmäht, wo es die Gegner Preußens traf, oder beinahe getroffen hätte. (Bravo!) Nie soll uns der ehr-

lose Trugschluß verlocken: die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde! (Beifall.) Je sicherer und gesetzlicher Deutschlands Zustand sein wird, desto reiner werden die Absichten Preußens hervortreten. Das alte Spiel kurzsichtiger Eifersucht, das sich auf Augenblicke erhebt, wird dies verhindern können. Der Vertrag, wie er aus den Berathungen hervorgegangen ist, wird Ihnen vorliegen. Ich empfehle Ihnen die Berücksichtigung der zarten Verhältnisse, die hierbei in Betracht kommen. Die Königliche Regierung hat ihren Verbündeten erklärt, daß sie sich in der Central-Commission als Vertreter des Bündnisses geriren wird. Auch der gesammten Nation wird Preußen zeigen, daß es fest auf seinem Wege beharrt. Dies führt mich zur Antwort auf die zweite Frage des Interpellanten. Wir haben darauf augetragen, daß für das Parlament des engeren Bundes, spätestens am 15. Januar die Wahlen beginnen sollen, und daß es zu Erfurt zusammentreten soll. Die Modificationen, die der Verfassung nöthig sind, werden Sie in den Acten finden. Der glorreiche Name „des Reichs" erscheint noch nicht passend, das Fürstenhaus muß verändert werden Vor Allem aber wollen wir alle Rechte wahren. Wir wollen nirgends Veranlassung oder auch nur Vorwand geben, die Befugnisse zur Stiftung eines engern Bundes zu bezweifeln. Wir erkennen jeder Regierung das Recht zu, ihre Anträge zu stellen. Zwar ist die Hannöversche Regierung jetzt mit einem Widerspruch gegen die Bildung eines engeren Bundes im Allgemeinen hervorgetreten. Die Aktenstücke, die ich Ihnen vorlege, werden Sie überzeugen sowohl von dem gänzlichen Ungrund des Widerspruchs, als auch von den Verpflichtungen, die Hannover zu erfüllen hat. Aber keineswegs kann hieraus, noch aus der Erklärung der sächsischen Regierung, die sich der hannöverschen angeschlossen hat, ein Hinderniß entstehen, für die Einberufung des Parlaments, für die Unterlassung eines Schrittes, den alle Vaterlandsfreunde mit Recht erwarten. (Bravo.) Die Regierung erkennt alle Schwierigkeiten des Augenblicks. Wenn das tiefe und wohlbegründete Erwarten des deutschen Volkes nach einer Einigung sämmtlicher deutschen Stämme, jetzt noch unerfüllt bleiben muß, so wollen wir doch einen Kern schaffen, dem sich die andern deutschen Staaten anschließen mögen, wenn die Einsicht dessen, was dem Vaterlande frommt, auch dort durchdrungen sein wird. Wie jedoch die Entscheidung der übrigen Deutschen Regierungen ausfallen möge, die Preußische Regierung wird ihren Beruf erfüllen; sie wird das große Erbe Preußischer Ehre, das ihr anvertraut ist, nicht vernachlässigen. Sie hat ihren Weg furchtlos betreten, sie wird ihn vorwurfsfrei beenden; sein Ende sei ein nahes oder fernes. ein freudiges oder schmerzliches. (Beifall) Die Regierungsvorlagen werden gedruckt und der betreffenden Kommission überwiesen werden.

(Schluß morgen.)

Locales ꝛc.

Zur Chronik Posens.

Die ältesten geschichtlichen Nachrichten über die Erbauung der Stadt Posen erstrecken sich bis in das 6. Jahrhundert hinauf, obgleich wohl nicht mit Recht anzunehmen ist, daß die Städte Polens weit älter sind, als die gewisse Geschichte reicht. Als in der großen Völkerwanderung zu Ende des 4. und zu Anfang des 5. Jahrhunderts die Sarmaten weiter nach Westen gedrängt wurden, nahmen die Slaven die von jenen verlassenen Ländereien in Besitz und nannten den Landestheil zwischen der Warthe und Weichsel wahrscheinlich wegen seiner ebenen Fläche von dem polnischen pole (Fläche, Ebene) Polen. In den undurchdringlichen Waldungen und zwischen den unzugänglichen Morästen von der Warthe bis zur Cybina baute nun ein sclavischer Volksstamm an der Stelle, auf welcher heute die Vorstädte Zagórze, Schródka, Zawady stehen und deren Mittelpunkt die in den Schwedenkriegen zerstörte Johannisvorstadt (von der Johanniskirche nach Schwersenz zu) bildete, eine Stadt Posen (Poznań). Nach einer allgemein verbreiteten Sage soll Posen seinen Namen der Erkennungsscene der drei mythischen Brüder, Lech, Czech und Rus zu verdanken haben; nach einer andern Angabe aber soll sie ihren Namen entweder ihrem Erbauer Poznań, einem in der älteren polnischen Geschichte häufig vorkommenden Eigennamen, oder auch dem Umstande zu verdanken haben, daß an diesem Orte eine Zusammenkunft des Königs Boleslaus mit dem deutschen Kaiser Otto III. stattgefunden habe, und weil diese sich hier kennen lernten, erhielt die Stadt (von poznać kennen lernen) ihren Namen Poznań. Nach einer dritten Annahme endlich wäre sie deshalb sogenannt, weil sich hier die alten heidnischen Bewohner des Landes zuerst zum Christenthum bekannten. Es läßt sich aber nicht mit historischer Gewißheit bestimmen, welche von diesen Annahmen die richtige sei, da alle nur auf Sagen beruhen und in ein mythisches Dunkel gehüllt sind. Posen lag also anfänglich an den Ufern der Cybina und dem rechten Ufer der Warthe, und der Hauptpunkt der Stadt war der Hügel vor dem Warschauer Thore, auf dem jetzt die kleine Johanniskirche steht. Diese Niederlassung umfaßte wahrscheinlich alle die Stadttheile, welche vor der Dombrücke aus östlich liegen, also die oben angeführten Vorstädte. Schon im 10. Jahrhundert erhob Mieciślaus I. die Stadt zu seiner Residenz und gründete, um das von ihm eingeführte Christenthum zu befestigen und es von hier aus um so eifriger zu verbreiten, das Bisthum Posen; er erbaute auch die Domkirche, in welcher er und einige seiner Nachfolger begraben liegen. Auch sein Nachfolger Boleslaus der Tapfere erwählte Posen zu seiner Residenz und trug durch einen zahlreichen Hofstaat nicht wenig zur Vergrößerung der Stadt bei. Von dieser Zeit an blieb Posen bis 1296, zu welcher Zeit Großpolen mit dem übrigen Polen vereinigt wurde, die Residenz der polnischen Könige und Großherzöge. Schon um 1240 gründete Przymislaus I., Fürst von Großpolen, am linken Ufer der Warthe eine neue Stadt, das jetzige Posen, versetzte die Einwohner der Schródka in dieselbe und verlieh ihnen 1253 das Magdeburgische Recht d. i. eine deutsche Verfassung, schenkte dafür dem Domkapitel die Schródka unter Jurisdiktion der Bischöfe und baute das neue befestigte Posener Schloß an der Stelle, wo heute das Appellationsgericht steht, so wie den Theil der Stadt, der um die Kathedralkirche lag. Dieses Schloß wurde von nun ab die Residenz der Generale Großpolens, welche auch den Grodgerichten, die im Schlosse selbst gehalten wurden, für die Folgezeit vorstanden. Auf diese Weise entstanden zwei Städte, welche durch einen bedeutenden Raum von einander getrennt waren und erst durch den Bau der Walischei (Chwaliszewo) in nähere Verbindung traten

(Fortsetzung folgt.)

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 28. Oktober c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Reformationsfest. Vm.: Herr Ober-Pred. Hertwig; — Nm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Herr Mil.-Ober Pred. Niese.
Christkathol. Gem.: Vm. und Nachm. Herr Pred. Post.
Ev. luther. Gem.: Vm: Hr. Prediger Boehringer. — Nachm. Catechisation. Derselbe.
Im Tempel des Isr. Brüdervereins: Sonnabend 9½ Uhr Vormittags Gottesdienst.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 19. bis 25. Oktober 1849:
Geboren: 8 männl., 4 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 12 männl., 6 weibl. Geschl.
Getraut: 8 Paar.

Markt-Berichte.

Berlin, den 25. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—59 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26—28 Rthlr., pr. Oktober $26\frac{1}{4}$ a 26 Rthlr., Oktbr./November u. Novbr./December 26 Rhlr., pr. Frühjahr 28 Rthlr. Br., $27\frac{3}{4}$ G. Gerste, große loco 24—26 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—17 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. $16\frac{1}{2}$ a 16 Rthlr., 50pfd. 17 Rthlr. Rüböl loco 15 Rthlr. bez. u. Br., pr. Oktober $14\frac{11}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{5}{6}$ verk., pr. Oktbr./Novbr. $14\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G., Novbr./December $14\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G., December/Januar $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{3}$ G., Jan./Februar $14\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{3}$ G., Februar/März $14\frac{1}{2}$ Rtlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., März/April 14 Rthlr. bez. u. Br., April/Mai 14 Rthlr. bez. u. Br., $13\frac{5}{6}$ G. Leinöl loco $12\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., Lieferung pr. Oktober $12\frac{5}{8}$ Rthlr., Novbr./December $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{4}$ G., pr. Frühjahr 12 Rthlr. Br., $11\frac{3}{4}$ Gld. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ a 15 Rthlr. Hanföl $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Südseethran $12\frac{1}{2}$ a $12\frac{1}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{1}{2}$ Rthlr. verk., mit Faß pr. Oktober $14\frac{1}{6}$ Rthlr. verk. u. Br., 14 G., Oktbr./Novbr. u. Novbr./Decbr. $14\frac{1}{6}$ a 14 Rthlr., pr. Frühjahr $15\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ G.

Posen, den 26. Oktober. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pr. Tonne von 120 Quart zu 80 % Trall. $11\frac{3}{4}$ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 25. October 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$106\frac{5}{8}$	$106\frac{1}{4}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{3}{4}$	$88\frac{1}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$100\frac{7}{8}$	$100\frac{3}{8}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$87\frac{1}{4}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	$103\frac{1}{2}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{3}{4}$	$89\frac{1}{4}$
Grossh. Posener »	4	—	—
» »	$3\frac{1}{2}$	90	—
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	—	—
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	—
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	96	$95\frac{1}{2}$
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	95	$94\frac{1}{2}$
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$98\frac{1}{2}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	$91\frac{1}{4}$	—
» Prioritäts-	4	—	$93\frac{3}{4}$
Berlin-Hamburger	4	—	$80\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$98\frac{1}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	64	—
» » Prior. A. B.	4	$92\frac{1}{4}$	—
» » »	5	—	$100\frac{3}{4}$
Berlin-Stettiner	4	—	$102\frac{1}{4}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$99\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$84\frac{1}{6}$
» Prioritäts-	4	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{3}$
» »	5	$102\frac{3}{4}$	—
» » III. Serie	5	—	$100\frac{3}{4}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$106\frac{1}{4}$	—
» » B.	$3\frac{1}{2}$	—	$103\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	$79\frac{1}{4}$	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	68	—
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{1}{2}$	—

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.